

als Beobachter zu den Patriarchalkonventen eingeladen werden können und auf Eparchialkonventen (die der Diözesansynode in der lateinischen Kirche entsprechen) sogar das Stimmrecht erhalten können; wenn, um noch zwei Beispiele aus dem Eherecht zu erwähnen, wohl erstmals in einem katholischen Gesetzbuch auch eine Gesetzgebungsgewalt nichtkatholischer Kirchen und kirchlicher Gemeinschaften formell anerkannt wird, indem von diesen aufgestellte Eehindernisse bei Mischehen auch von der katholischen Seite berücksichtigt werden müssen, und auch bei rein katholischen Noteheschließungen, falls nur ein nichtkatholischer Priester erreichbar ist, dieser gebeten werden soll, die Ehe zu segnen.

Gerade das Eherecht ist überdies ein gutes Beispiel, wie sehr der CCEO auf einer genuinen orientalischen Theologie aufbaut. Er geht klar auf Distanz zur Vertragstheorie des CIC und legt das Schwergewicht auf den sakramental-sakralen Aspekt: im ganzen CCEO kommen in bezug auf die Ehe nicht ein einziges Mal die Begriffe „Vertrag“ oder „Vertrag schließen“ vor; bewußt wird formuliert, daß die *Ehe* unter Christen *Sakrament* ist; die Ehe wird nicht „geschlossen“, sondern *das Sakrament der Ehe gefeiert*, der *Segen* des Priesters ist wesentlicher Bestandteil der vorgeschriebenen Form.

Ausschließlich von orientalischer Tradition ist auch das *Strafrecht* des CCEO geprägt. Strafe ist hier niemals „Ver-

geltung“, sondern das letzte Mittel, die durch das Delikt geschlagenen Wunden zu heilen. Das hat nun klarerweise weitreichende Konsequenzen: Der CCEO kennt einerseits keine Sühnstrafen, er kennt keine Tatstrafen, und er kennt keine dauernden Strafen, andererseits sind dem zuständigen Oberen weitreichende Vollmachten gegeben, selbst bei Delikten, die eine „obligatorische“ Strafe nach sich ziehen würden, nicht nur auf eine Strafe, sondern auch und sogar auf ein Strafverfahren zu verzichten. Andererseits ist z. B. erstmals im Kirchenrecht überhaupt physische oder psychische Folter ein Straftatbestand. Ein nicht ganz uninteressantes Detail sei noch erwähnt: Der CCEO enthält – auch erstmals im Kirchenrecht – eine Grundnorm des Schutzes des geistigen Eigentums und fordert sogar von den einzelnen Kirchen eigenen Rechts, unter Berücksichtigung des staatlichen Rechts diesbezüglich detailliertere Normen zu erlassen.

Man kann sagen, daß der CCEO von den katholischen Ostkirchen durchwegs positiv aufgenommen wurde, wie ja auch die offensichtlich ehrlich gemeinten Dankesworte von Vertretern der Ostkirchen bei der feierlichen Präsentation auf der Bischofssynode zeigen. Ob und inwieweit der CCEO als „katholische Alternative“ konkrete Auswirkungen auch auf eine künftige Fortbildung des lateinischen Kirchenrechts haben wird, kann allerdings erst die Zukunft weisen.

Carl Gerold Fürst

Bürgerkrieg, Friedensgespräche, Wahlen

Die unsichere Lage in El Salvador

Wegen der Golfkrise und der Rückschläge im Sowjetbereich fast unbeachtet von der Weltöffentlichkeit schwelt die politische und wirtschaftliche Krise in Mittelamerika vor sich hin. Das gilt nicht zuletzt für El Salvador, wo 1989 die konservative ARENA-Partei die Christdemokraten als Regierungspartei ablöste. Ein Ende des blutigen Bürgerkriegs in dem kleinen Land ist nicht abzusehen, die wirtschaftlichen Probleme wurden durch die Auswirkungen der Golfkrise nochmals verschärft. Die katholische Kirche in El Salvador genießt durch ihre Vermittlungsbemühungen zwischen den feindlichen Fronten beträchtliches Ansehen, ist aber auch selber inneren Spannungen ausgesetzt.

Schon mehr als ein Jahrzehnt dauert der Bürgerkrieg in El Salvador. Die Zahl der Todesopfer in dem mittelamerikanischen Land wird auf mehr als 70 000 geschätzt, die wirtschaftlichen Schäden sind unabsehbar. Das Land, das mit rund 5 Millionen Einwohnern und einer von den Vereinten Nationen auf annähernd eine Million geschätzten Zahl von Flüchtlingen zu den mittelgroßen Ländern der Region zählt, ist wie kein anderes geprägt vom Guerillakrieg und der Militarisierung der Gesellschaft. Der be-

waffnete Konflikt zwischen der Rebellenbewegung „Farabundo Martí – Liberación Nacional“ (FMLN) und den jeweiligen Regierungen seit dem Ende der Militärherrschaft im Jahr 1979 hat sich zum langwierigsten Bürgerkrieg in der an Konflikten nicht armen Region entwickelt. Während in den Nachbarländern Nicaragua und Guatemala die ideologischen und sozialen Spannungen seit Jahren auf dem Niveau begrenzter Gewalttaten weiterschwellen, ist in El Salvador auch zu Beginn der neunziger Jahre der Krieg weiter an der Tagesordnung.

Die jüngste Offensive der Guerilla, Ende November 1990 kurz nach den Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag der „Jesuitenmorde“ von San Salvador begonnen, hat Kampfhandlungen ausgelöst, in denen abermals mehrere hundert Menschen ums Leben kamen, die meisten von ihnen Kombattanten, aber auch wieder viele Zivilisten. Nach Angaben der FMLN verzeichneten die Streitkräfte in den Monaten November und Dezember des vergangenen Jahres 1200 Verwundete oder Tote, es wurden fünf Flugzeuge und 15 Hubschrauber zerstört. Die salvadorianische Menschenrechtskommission zieht für das elfte Jahr des Bürgerkriegs eine vergleichbar blutige Bilanz: 900

Menschen wurden aus politischen Gründen ermordet, 100 verschwanden spurlos, viele von ihnen vermutlich von „Todesschwadronen“ entführt und getötet. Die FMLN und die Streitkräfte profilieren sich noch als die beiden Kräfte, in deren Kampf über Wohl und Wehe des Landes entschieden wird.

Dazu, daß der Krieg das Bild des Landes immer noch prägt, hat der amtierende Präsident *Alfredo Cristiani* einiges beigetragen. Er wurde im März 1989 mit dem Versprechen gewählt, er werde mit der Guerilla binnen eines Jahres aufräumen und so den Frieden erreichen. Ein großer Teil der Wähler hatte für diesen harten Kurs gestimmt, weil sie den langen Verhandlungsbemühungen des christdemokratischen Vorgängers *Napoleon Duarte* offenbar keine Erfolgchance mehr gaben. Die FMLN nahm die „Kriegserklärung“ *Cristianis* an und zeigte mit zwei großen Offensiven im November 1989 und mit der bislang letzten ein Jahr später, daß sie weiterhin in der Lage ist, das Land mit militärischen Aktionen vollständig lahmzulegen und den an Truppenstärke und Ausrüstung überlegenen Streitkräften schwere Verluste zuzufügen.

Wirtschaftsreform ohne sichtbare Erfolge

Cristiani zeigte sich schon frühzeitig nach den ersten Fehlschlägen seiner gewaltsamen Befriedungspolitik flexibel und gab die Parole aus, das Land „trotz der Guerilla“ zu einem wirtschaftlichen Aufschwung zu führen. Nach zwei erfolgreichen Guerilla-Offensiven sieht er sich nun in einer Sackgasse. Der Lebensstandard vor allem der Hauptstadtbevölkerung konnte zwar auf einem bescheidenen Niveau gehalten werden, aber die erhofften *Auslandsinvestitionen* blieben angesichts des Bürgerkrieges aus. Die vom amerikanischen Kongreß im vergangenen Jahr verfügte Einfrierung der Regierungshilfe in Höhe von etwa 42 Millionen US-Dollar im Gefolge der immer noch nicht aufgeklärten Morde an sechs Jesuiten und zwei Angestellten der von Jesuiten geleiteten Universität „UCA“ in San Salvador haben den Staatshaushalt und die einheimische Wirtschaft hart getroffen. Hinzu kam der Ölpreisschock im Gefolge der Golfkrise, der El Salvador wie die meisten Entwicklungsländer wirtschaftlich zu lähmen droht.

Aber es gibt auch hausgemachte Fehler. Schon in den Monaten vor dem Ölpreisschock hatte sich die Preissteigerung beschleunigt, die nach anfänglichen Erfolgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik *Cristianis* noch Anfang dieses Jahres eingegrenzt werden konnte. Nach Berechnungen der UCA hat sich die Steigerung der Lebenshaltungskosten unter *Cristiani* im großen und ganzen auf der Linie gehalten, die auch schon während der eher staats-interventionistischen Wirtschaftspolitik der Vorgängerregierungen von 1979 bis 1989 zu beobachten war: Die Waren der „canasta básica“, des statistischen Warenkorb für die Dinge des täglichen Bedarfs, verteuerten sich im Laufe der 80er Jahre um das Zweieinhalbfache, Mitte

des Jahres 1990, unmittelbar vor der Golfkrise, stiegen die Preise sogar noch schneller.

Gleichzeitig trafen die Folgen einer Liberalisierungs- und Strukturanpassungspolitik Teile der erwerbstätigen Bevölkerung mit ungekannter Härte: Aus Ministerien und diversen Staatsbetrieben in Sektoren wie Kaffee und Zuckerproduktion wurden allein in der ersten Jahreshälfte des vergangenen Jahres 4500 Staatsangestellte entlassen – nur ein Teil davon wurde nach massiven gewerkschaftlichen Protesten wieder eingestellt. Die Lohnanpassungen im öffentlichen Bereich blieben zugleich deutlich hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurück. Die regierende Partei „ARENA“ und der von ihr gestützte Präsident *Cristiani* gehen mit einer schlechten Bilanz in die Wahlen, die für März dieses Jahres vorgesehen sind.

Als *Cristiani* an die Macht kam, lebte nach Regierungsangaben rund ein Viertel der Bevölkerung in „extremer Armut“, zwei Drittel der Familien mußten mit einem Monatseinkommen von unter 100 US-Dollar auskommen. Dieses soziale Elend, das ARENA 1989 in ihrem Wahlprogramm zu beseitigen versprach, ist durch einige Hilfsprogramme nicht überwunden worden. Die *Wohlstandsschere zwischen Stadt- und Landbevölkerung* scheint sich sogar noch ausgeweitet zu haben: Die Bevölkerung der Hauptstadt profitiert von einem spürbaren Zuwachs des Dienstleistungsgewerbes, während weite Teile der Landbevölkerung noch immer auf primitivste Infrastruktur wie befestigte Wege oder Wasseranschluß warten.

Ein Trost für die Regierung ist, daß die vor ihnen regierenden Christdemokraten (DC) auf den beiden Feldern Wirtschaftspolitik und innerer Frieden in den achtziger Jahren nicht mehr Erfolge erzielt haben als sie und daß die DC aus ihrer Regierungszeit bis heute mit Korruptionsfällen belastet ist. In der Bevölkerung hielten nach einer vom Meinungsforschungsinstitut der „UCA“ durchgeführten repräsentativen Umfrage nur 10 Prozent der Salvadorianer die wirtschaftliche Lage nach einem Jahr ARENA-Regierung für „besser“ als unter den christdemokratischen Vorgängern. 57 Prozent der Befragten hingegen sahen eine Verschlechterung der Situation. Dennoch genoß *Cristianis* wirtschaftliche Reformpolitik zumindest vor der Benzinpreiserhöhung noch einen spürbaren Vertrauensvorschuß: In derselben Umfrage äußerten sich immerhin noch 43 Prozent der Befragten optimistisch, 42 Prozent eher pessimistisch über die wirtschaftliche Zukunft unter der ARENA-Regierung. Über die Wende seit der Verschärfung des Bürgerkrieges, der die Produktion im zweiten Halbjahr 1990 zeitweise lähmte und über die Folgen der Golfkrise liegen noch keine Zahlen vor. Die grundlegenden Schwächen der Wirtschaft, wie sie im Trend der vergangenen elf Jahre zum Ausdruck kam, scheinen indes nicht überwunden worden zu sein.

Guerilla im Dilemma

Welche Partei den Guerillakrieg und die wirtschaftliche Krise am ehesten bewältigen kann, ist schwer auszumachen. Die *Democracia Cristiana* ist nach Ansicht des

Weihbischofs in San Salvador, *Gregorio Rosa Chavez*, der enge Kontakte zu den Oppositionsparteien unterhält, „nicht in ihrer besten Verfassung“. Sie ist zwar nach der ARENA weiter die zweitstärkste parteipolitische Kraft, doch sieht die Kirche in der linken Variante der Christdemokratie, der christlich-sozialen Partei MPSC des katholischen Politikers *Ruben Zamora*, eine weitere politische Option mit wachsenden Chancen. Sie ist nicht vorbelastet mit den Fehlritten vergangener Regierungsjahre und legt die Grundsätze der christlichen Soziallehre in eine sozialdemokratische Richtung aus. Sie ist im Parteienbündnis „Convergencia“ unter anderem mit der sozialdemokratischen Partei *Guillermo Ungos* zusammengeschlossen. Die Erfolgsaussichten der „Convergencia“ hängen indes nicht zuletzt davon ab, ob die FMLN und ihre Sympathisanten die Wahlen im März als legitim anerkennen.

Die *Guerillabewegung* ihrerseits ist durch die Dauer des Bürgerkrieges, die internationalen Veränderungen und durch die Sachzwänge der Wahlen in ein Dilemma geraten. International durch die ausbleibende Unterstützung aus den ehemals sozialistischen Ländern und aus Nicaragua zusehends isoliert, muß sie einen Frieden anstreben. Zur Eroberung der Macht ist sie militärisch nicht in der Lage, und sie scheint auch über kein ideologisches Konzept mehr für eine neue Gesellschaft zu verfügen. Schließlich nimmt die Unterstützung in den ärmeren Bevölkerungsschichten in dem Maße ab, in dem immer mehr Menschen durch den Krieg materielle Verluste erleiden oder Angehörige verlieren. In ihren Radiokommunikés und Sprüchparolen hat sich die FMLN konsequent auf populäre Minimalforderungen nach Friedensverhandlungen und „Demilitarisierung“ der Gesellschaft zurückgezogen. Mit der Entsendung hochrangiger Comandantes zu den „informellen“ Gesprächen mit Vertretern der Regierung Cristiani in Venezuela, Costa Rica und Mexico hat sie ihren Friedenswillen dokumentiert. Als die FMLN im Dezember 1990 bekanntgab, daß sie ihren bewaffneten Arm in „Volksheer für die Demokratie“ (EPD) umbenannt und den Comandantes reguläre militärische Ränge verliehen hat, spekulierten Sympathisanten der Guerilleros in der Hauptstadt bereits darüber, ob dies ein Schritt sein könne, der eine spätere Eingliederung der Rebellenarmee in eine künftige gesamtsalvadorianische Friedensarmee – etwa nach dem Vorbild der ehemaligen Swapo-Verbände in Namibia – erleichtern solle.

Trotz dieser Friedensneigungen blieb der Guerilla vor den Wahlen keine Alternative zu einer Politik der demonstrativen Stärke. Nur mit der militärischen Offensive konnte der Bevölkerung die Unfähigkeit der ARENA-Regierung, den Frieden militärisch zu sichern, abermals vorgeführt werden. Andererseits geriet die Guerilla mit eben dieser Taktik in die Enge: der Bogen der Offensive durfte nicht so weit überspannt werden, daß der US-Kongress den Status quo bedroht sehen und die 1990 eingefrorene Militärhilfe wieder freigeben könnte. Dieser Punkt schien mit dem erfolgreichen Einsatz von Boden-Luft-Raketen gegen Flugzeuge und Hubschrauber der Streitkräfte, in

dessen Folge auch drei US-Amerikaner den Tod fanden, Anfang Januar dieses Jahres in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Kriegsmüde Militärs?

Spiegelbildlich zur Belastungsprobe für die Einheit der Rebellen hat die *Kombination von verschärftem Guerilla-Krieg und Wahlkampf* auch die ARENA-Partei und in noch stärkerem Maße die Streitkräfte in zwei Lager geteilt. In der ARENA profiliert sich Präsident Cristiani als Exponent einer auf Frieden und wirtschaftlichen Aufschwung gerichteten Ordnung, der sich auch das Militär unterzuordnen habe. Der von ihm im September 1990 zum Verteidigungsminister ernannte General *René Emilio Ponce* hat unmittelbar vor der neuen Guerilla-Offensive eine „Reinigung“ der Streitkräfte und eine mögliche Reduzierung ihrer Personalstärke in Aussicht gestellt, falls die Guerilla ihrerseits Schritte zur Abrüstung unternimmt. Der Flügel der „Zivilisten“ in den Streitkräften, zu denen auch Ponce gehört, scheinen des ständigen Kriegszustandes mit rund 60 000 Mann unter Waffen müde zu sein.

Der andere Flügel, die „Duros“, setzt sich aus Leuten zusammen, die in der gewaltsamen Vernichtung der Linken weiter ihr einziges Ziel sehen – unter ihnen ist vermutlich auch der Hauptverdächtige des Jesuitenmord-Prozesses, Oberst *Guillermo Benavides*. Ferner werden sie unterstützt von Kreisen, die vom militärisch kontrollierten Teil der Schattenwirtschaft profitieren. Über diesen Sektor liegen keine Zahlen vor, aber im Land gilt es als offenes Geheimnis, daß auch Militärs nach dem Vorbild der traditionellen Großgrundbesitzer-Oligopole eigene Wirtschaftsstrukturen mit Kontrolle über Landbesitz, Handelsgesellschaften und Banken aufgebaut haben.

Für die Streitkräfte insgesamt ist daher der Prozeß um die „Jesuitenmorde“ zu einem Punkt der Entscheidung geworden. Sollte erstmals ein hochrangiger Militärangehöriger rechtskräftig wegen eines Mordes verurteilt werden, würde damit die seit Jahrzehnten geübte „Impunidad“ (Straflosigkeit) der Streitkräfte bei ihren paramilitärischen Aktionen erschüttert. Letztlich wird daher der Prozeß zu einem Test dafür, ob die konstitutionellen oder die unkontrollierbaren Strömungen in den Streitkräften die Oberhand gewinnen. Zwischen der Kirche, die die Ermittlungen im Vorfeld des Prozesses ein Jahr lang kritisch begleitete, und dem untersuchenden Richter *Ricardo Zamora* ist daher eine taktische Allianz entstanden: Obwohl das Erzbistum und die Jesuitenprovinz immer wieder eine Aufklärung der Morde bis in die höchsten Ränge des Militärs gefordert haben, haben sie Zamora „gute Arbeit“ bescheinigt, als er im Dezember 1990 ankündigte, die Ermittlungen seien abgeschlossen und der Prozeß gegen Benavides könne beginnen. Justiz und Kirche wollen offenbar wenigstens Benavides der Rechtsprechung unterworfen sehen.

Eine erste Kostprobe von der neuen juristischen Kultur

des Landes bekamen drei Armee-Soldaten zu spüren, die am 15. Januar in El Zapote 15 Menschen, allesamt Angehörige einer Familie, aus politisch unerfindlichen Motiven erschossen. Schon wenige Wochen nach dem Massaker verkündete Informationsminister *Mauricio Sandoval* der Presse die Namen von drei der Tat verdächtigten Armeemitgliedern, die nach Art der Todesschwadronen den Mord als einen persönlichen Racheakt begangen hätten. Noch vor kurzem war in ähnlichen Fällen die „Mauer des Schweigens“ undurchdringlich und eine Anklage gegen die Verdächtigten undenkbar gewesen.

Der harte Flügel in der ARENA-Partei hält sich angesichts dieser Entwicklungen im Hintergrund. Parteigründer *Roberto d'Aubuisson*, dem enge Verbindungen zu den Todesschwadronen nachgesagt werden, hält weiterhin die Fäden in der Hand: Bei der Nominierung der Kandidaten für die Wahl setzte er die meisten Kandidaten seiner Richtung innerparteilich durch. Die FMLN läuft auch im Hinblick auf diese „Hardliner“ in der ARENA Gefahr, daß ihre militärischen Erfolge gegen Cristiani letzten Endes gegen sie selbst umschlagen könnten, indem sie diesen Leuten die Argumente für eine Entmachtung des mittlerweile meist gemäßigt auftretenden Präsidenten Cristiani in die Hände spielt.

Spannungen in der Kirche

Der langwierige Guerillakampf hat nicht nur zu einer Verquickung von Bürgerkriegstaktik, Wahlkalkül und wirtschaftlichen Überlegungen in allen politischen Lagern geführt. Er bestimmt auch die *Stellung der Kirche* in dem traditionell katholischen Land. Die Kirche profitiert von der Aushöhlung der Glaubwürdigkeit sowohl der Streitkräfte wie der Guerilla. Ihre zahlreichen Märtyrer – Hunderte von Katechisten und Mitarbeitern der Basisgemeinden sowie Priester und Ordensleute bis hin zu Erzbischof Romero, der längst wie ein Heiliger verehrt wird – haben das Ansehen der Kirche in der Bevölkerung gefestigt. Zugleich haben sich Erzbischof *Arturo Rivera Damas* und in den letzten Jahren immer stärker der

energische Weihbischof *Gregorio Rosa Chavez* als Vermittler in den militärischen und sozialen Konflikten als unabhängige und unbestechliche Autorität hervorgetan. Rosa Chavez sieht in der Glaubwürdigkeit der Kirche einen der Gründe, warum in seinem Land die Probleme mit dem Anwachsen protestantischer Sekten „vergleichsweise gering“ sind.

Das politische Umfeld gibt der Kirche jedoch nicht nur Gelegenheit zur Profilierung, es trägt auch Spannungen in sie hinein. So werden einigen Mitgliedern der Bischofskonferenz Kompromißbereitschaft mit der ARENA oder gar Sympathien für die „Befriedungspolitik“ des Militärs nachgesagt. Auf der anderen Seite des kirchlichen Spektrums sind Schwierigkeiten mit politisch agierenden Priestern und Basisgemeinschaften, die ihre Sympathien für die Ziele der FMLN nicht verhehlen, an der Tagesordnung. Einige ausländische Priester dieser Richtung arbeiten ohne Wissen des jeweiligen Ortsbischofs in Gemeinden, manche sogar gegen ein ausdrückliches Verbot. Die Erzdiözese sucht offensichtlich einen Kurs der Mitte. Sie entzieht den Exponenten an den „Rändern“ die Unterstützung, vermeidet aber die offene Konfrontation. Aus einigen nicht genuin kirchlichen Projekten wie landwirtschaftlichen Kooperativ-Verbänden hat sich die Kirche schrittweise zurückgezogen.

Mit großem Elan engagieren sich kirchliche Mitarbeiter derzeit in *Rücksiedlungen für Flüchtlinge*, wie etwa dem Projekt „Segundo Montes“. Insgesamt sind rund 20 000 Menschen aus Lagern in Honduras unter Schirmherrschaft des UN-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen (UNHCR) nach El Salvador zurückgekehrt. Nach Einschätzung von UNHCR-Mitarbeitern in San Salvador leistet die Kirche unter den „non governmental organisations“ den Hauptteil der Arbeit beim Aufbau der neuen Siedlungen. Für die Zukunft des Landes könnten diese Projekte so etwas wie Kristallisationspunkte für ein friedliches Zusammenleben werden: Guerilla und Militär haben sich freiwillig bereit erklärt, die Rücksiedlungsgebiete der Menschen, die vor zehn Jahren vor dem Terror des Krieges geflohen waren, als neutrale Zonen zu respektieren.

Ludwig Ring-Eifel

Kurzinformationen

Eindringliche Appelle Johannes Pauls II. zur Beendigung des Golfkriegs

Seit Beginn des Golfkriegs am 17. Januar hat der Papst bei vielen Gelegenheiten zur baldigen Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen und zur friedlichen Suche nach einer gerechten Lösung aufgerufen. Unmittelbar vor Ablauf des UN-Ultimatums rief Johannes Paul II. den amerikanischen und den irakischen Präsidenten in Telegrammen eindringlich zur Rettung des Friedens auf. Bei

der Generalaudienz am 16. Januar sprach er ein Friedensgebet, in dem es u. a. hieß: „Nie wieder Krieg, ein Abenteuer ohne Umkehr, nie wieder Krieg, eine Spirale der Trauer und Gewalt. Nie mehr dieser Krieg am Persischen Golf, eine Bedrohung für alle Geschöpfe ... gib durch deinen Geist den Antrieb zu neuen Lösungen, zu hochherzigen und ehrenvollen Gesten, zu Räumen des Dialogs und des geduldigen Wartens, die fruchtbarer sind als überstürzte Kriegstermine.“ Am 27. Januar betete Johannes Paul II., Gott solle so schnell wie möglich den Frieden